

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

5. März 2018

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen wie Luft- und Drohnenangriffen, Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. In der vergangenen Woche waren u.a. folgende Provinzen betroffen: Ghazni (Südosten), Kabul (Zentrum), Faryab (Norden), Kunar (Osten), Kandahar und Uruzgan (Süden).

Anschläge und Übergriffe

Am 27.02.18 überlebte ein Berater des stellvertretenden Senatsvorsitzenden unverletzt einen Anschlag in der Provinz Logar (Zentrum), zwei seiner Leibwächter kamen ums Leben.

Am 02.03.18 wurde bei einem Autobombenanschlag auf einen internationalen Militärkonvoi in Kabul mindestens ein afghanischer Zivilist getötet, 14 erlitten Verletzungen.

Straßenblockaden/Entführungen

Die Taliban blockieren derzeit den Uruzgan-Kandahar Highway (Süden) und sollen am 27.02.18 30 Personen entführt haben. Über deren Identität liegen kaum Informationen vor; es sollen Polizisten darunter sein. Am 01.03.18 wurden mindestens neun Personen freigelassen. Die anderen werden in der Provinz Uruzgan festgehalten. Kommentare der Taliban zu dem Vorfall gibt es bislang nicht.

Bahrain

116 mutmaßlich von Iran unterstützte Terroristen gefasst

Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben eine bewaffnete Gruppe von 116 Personen festgenommen, die von iranischen Pasdaran aufgebaut und unterstützt worden sein soll. Nach Mitteilung des Innenministeriums vom 03.03.18 seien sie verdächtig, Angriffe auf Regierungsmitglieder und Sicherheitskräfte sowie Erdölanlagen geplant zu haben. Bei der Gruppe sollen 42 kg Sprengstoff, 757 kg Materialien für die Sprengstoffherstellung sowie Kalaschnikows und Granaten gefunden worden sein.

Bosnien und Herzegowina

Proteste der Kriegsveteranen

Kriegsveteranen des Bosnienkrieges von 1992 bis 1995 blockierten mehrere Tage und Nächte bei eisigen Temperaturen Straßen in Tuzla, Zenica und Doboj sowie die Hauptstraße von Sarajevo nach Konjic. In Richtung der Hauptstadt Sarajevo blockierten etwa 5.000 Menschen die Autobahn; es kam zu einem Verkehrskollaps. Die Veteranen forderten mehr Sozialleistungen, höhere Renten und eine gerechte Verteilung der Leistungen. Spezialpolizei drängte die Protestierenden zurück. Am 03.03.18 wurden alle Proteste aufgelöst. Im Zuge der Polizeiaktion wurden in Tuzla acht Demonstranten kurzzeitig festgenommen und zwei leicht verletzt. Teilnehmer behaupten, die Polizei habe übermäßige Gewalt angewandt.

22 Jahre nach Kriegsende sind die wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen weiterhin schlecht. Der durchschnittliche monatliche Nettolohn liegt bei umgerechnet unter 430 Euro. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 40 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei gut 60 %. Die durchschnittliche

Rentenhöhe beträgt ca. 60 - 100 Euro. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und verfügt über weniger als 150 Euro monatlich. Armut gilt als einer der Gründe für die erhöhte Kindersterblichkeitsrate.

Bosnischer Berlinale-Star in Armut verstorben

Der bosnische Schauspieler, Nazif Mujic, der 2013 den Silbernen Bären für seine Rolle eines Müllsammlers in Bosnien erhielt, starb 48-jährig in bitterer Armut. In dem halbdokumentarischen Film „Aus dem Leben eines Schrottsammlers“ spielte Mujic sich selbst: einen Müllsammler, der um medizinische Hilfe für seine Frau kämpft, die eine Fehlgeburt erlitten hat. Mujic war Roma, Diabetiker und lebte mit seiner Familie in Armut. Nach seiner Auszeichnung im November 2013 hatte er einen Asylantrag in Berlin gestellt, der abgelehnt wurde. Als Schrottsammler versuchte er, seine Frau und die drei Kinder zu ernähren. Damit verdiente er umgerechnet etwa 3,50 Euro am Tag.

Roma in Bosnien und Herzegowina zählen laut Menschenrechtsberichten zu den am meisten gefährdeten Personengruppen. Sie leiden unter großen sozialen Problemen, überdurchschnittlicher Beschäftigungslosigkeit, schlechten Wohnbedingungen und extremer Armut.

Burkina Faso

Schwerer Angriff der JNIM auf Militärhauptquartier und französische Einrichtungen

Am Vormittag des 02.03.18 fuhren mehrere ver mummt Bewaffnete in einem Pick-Up ins Zentrum von Ouagadougou (Hauptstadt), wo sie ihr Fahrzeug in Brand setzten und auf Passanten schossen. Anschließend stürmten sie zur französischen Botschaft. Zeitgleich explodierte eine Autobombe vor dem Hauptquartier der Armee und dem benachbarten französischen Kulturzentrum. Laut Angaben des burkinischen Sicherheitsministers Sawadogo starben bei den Anschlägen acht Soldaten und acht Angreifer. Die Nachrichtenagentur AFP berichtet unter Berufung auf drei Erkenntnisquellen aus dem Sicherheitsbereich, dass allein bei dem Anschlag auf das Militärhauptquartier mindestens 28 Menschen umgekommen seien. Am 03.03.18 bekannte sich die Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime (Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin – JNIM), ein in Mali beheimateter Ableger der Extremisten-Organisation al-Kaida, zu den Anschlägen. Diese seien eine Vergeltung für einen französischen Militäreinsatz im Nachbarland Mali vor zwei Wochen, bei dem einige Anführer der Gruppe getötet worden seien.

DR Kongo

Dutzende Tote in der Provinz Ituri

In der Nacht zum 02.03.18 griffen Angehörige der Ethnie der Lendu in der Provinz Ituri das von Angehörigen der Ethnie der Hema bewohnte Dorf Maze an. 43 Personen kamen um. Seit dem Ausbruch gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den Viehhirten der Hema und den Ackerbauern der Lendu Mitte Dezember 2017 wurden in Ituri über hundert Menschen getötet. 1999 waren bei Massakern zwischen den Lendu und den Hema 60.000 Menschen getötet worden, 600.000 Menschen mussten fliehen.

Iran

Polizist verletzt Anti-Kopftuch-Demonstrantin

Bei erneuten Protesten gegen den Kopftuchzwang hat ein Polizist am 01.03.18 eine junge Frau verletzt. Die Demonstrantin war auf einen Behälter geklettert, um ihr Kopftuch als Fahne zu schwenken. Da sie den Aufforderung der Polizei nicht nachkam, ihre Aktion abubrechen und herunter zu steigen, warf sie ein Polizist hinab, wobei sie sich den Fuß gebrochen habe. Präsident Hassan Rohani forderte Ermittlungen gegen den Polizisten.

35 weibliche Fußballfans verhaftet

Seit der Revolution von 1979 dürfen Frauen nicht ins Fußballstadion. Am 01.03.18 versuchten 35 Frauen gleichwohl, ins Teheraner Azadi-Stadion zu gelangen. Sie wurden festgenommen. Der Fußball-Weltverband Fifa erwartet, dass das Stadionverbot für Frauen bald aufgehoben wird.

Mali

Tote Soldaten und Zivilisten

Am 28.02.18 sind nach Angaben der UNO-Truppe MINUSMA mindestens vier Soldaten der Vereinten Nationen bei der Explosion eines Sprengsatzes in der Region Mopti – auf der Straße zwischen Boni und Douentza – getötet und vier schwer verletzt worden.

Am 27.02.18 starben mindestens sechs malische Soldaten bei der Explosion eines Sprengsatzes bei Dioura (Zentrum des Landes).

Zwischen dem 19.02.18 und 25.02.18 kamen bei einer Durchsuchungsaktion der Armee sieben Zivilisten um.

Marokko

EUGH: Westsahara nicht von Fischereiabkommen EU–Marokko erfasst

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat zum Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko festgestellt, dass das Abkommen nicht für die Gewässer gilt, die an das umstrittene Gebiet der Westsahara angrenzen. Das Abkommen wurde 2012 geschlossen und läuft im Juli 2018 aus.

Nigeria

Boko Haram: Über 100 Kämpfer greifen Militärstützpunkt an

Am 01.03.18 attackierten nach Einbruch der Nacht über 100 Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram einen Militärstützpunkt in der Stadt Rann (an der Grenze zu Kamerun, Kalabalge Local Government Area, Bundesstaat Borno). Sie töteten vier Soldaten und vier Polizisten sowie drei humanitäre Helfer (zwei der IOM, einer der UNICEF). Eine Krankenschwester wurde entführt. In Rann befindet sich ein Lager für rund 55.000 Binnenflüchtlinge.

Mitglieder der IPOB verhaftet

Laut Polizeiangaben wurden am 27.02.18 elf mutmaßliche IPOB-Mitglieder (Indigenous People of Biafra) im Zentrum von Enugu (Hauptstadt des gleichnamigen südöstlichen Bundestaates) verhaftet. Diese hatten vorher eine Veranstaltung der Eastern Consultative Assembly im Universal Hotel unterbrochen, da der IPOB-Anführer Nnamdi Kanu bei der Ehrung verdienter Igbo-Führer nicht berücksichtigt worden war. Die Pro-Biafra-Organisation (IPOB) ist seit September 2017 als Terrororganisation in Nigeria verboten.

Pakistan

Erneut Blasphemievorwürfe gegen Christen

In Lahore sprang vergangene Woche ein 24-jähriger Mann aus dem vierten Stock des Gebäudes der Bundespolizei und verletzte sich schwer. Er wirft der Polizei schwere und erniedrigende Misshandlungen vor. Der Mann war am 16.01.18 verhaftet worden, weil er angeblich gotteslästerliche Fotos auf Facebook veröffentlicht habe. Zuvor hatten Hunderte Anhänger der Islamistischen Partei Tehreek-i-Labaik Ya Rasool Allah (TLYRA) seine Bestrafung gefordert. Angehörige der christlichen Minderheit im Wohnviertel des Beschuldigten verließen die Gegend, nachdem es zu Übergriffen durch Extremisten gekommen war. Anlass der Anzeige gegen den Mann soll ein Streit mit muslimischen Jugendlichen bei einem Cricketspiel gewesen sein. Bei den meisten Anzeigen wegen Blasphemie sind persönliche Animositäten oder wirtschaftliche Gründe die Auslöser.

Am 02.03.18 forderten Vertreter verschiedener christlicher Konfessionen anlässlich einer Protestversammlung des Pakistan Christian Action Committees (PCAC) die Regierung u. a. auf, eine Untersuchungskommission einzurichten und gegen den Missbrauch des Blasphemiegesetzes vorzugehen.

Situation der Ahmadis

Auf der Internetseite der Ahmadiyya-Gemeinde „The Persecution of Ahmadis“ wurde im Februar der Jahresbericht „A Report on Persecution of Ahmadis in Pakistan During the year 2017“ veröffentlicht. Hierin

werden u.a. die Ereignisse um die geplante Änderung des Wahlgesetzes beschrieben, die es den Ahmadis erleichtert hätte, an Wahlen teilzunehmen. Islamistische Gruppen hatten durch wochenlange Blockaden in Islamabad erreicht, dass der Gesetzesvorschlag zurückgenommen wurde. Weiterhin wird berichtet, dass im vergangenen Jahr 77 Ahmadis wegen Vorwürfen nach dem Religionsstrafrecht angeklagt. Neun Ahmadis wären Ende 2017 wegen entsprechender Anklagen in Haft gewesen. Vier Ahmadis wegen ihres Glaubens ermordet worden seien.

Somalia

AMISOM-Soldaten getötet

Bei einem Angriff auf einen Konvoi burundischer AMISOM-Soldaten auf der Straße von Mogadischu nach Jowhar (Region Middle Shabelle) wurden am 02.03.18 nach burundischen Angaben drei Soldaten getötet und sieben verletzt, vier werden vermisst. Zu dem Angriff bekannte sich die al-Shabaab, die ihrerseits angab, es seien 23 Soldaten ums Leben gekommen.

Anschlag auf Armeestützpunkt

Bei einem Autobombenanschlag der al-Shabaab auf einen Stützpunkt der somalischen Armee in Afgoye (Region Lower Shabelle) und einem weiteren Anschlag auf das Transportfahrzeug, mit dem die Verletzten zur medizinischen Versorgung gebracht werden sollten, kamen vier Soldaten ums Leben.

Al-Shabaab übernimmt Kontrolle in Balcad

Am 02.03.18 eroberten schwer bewaffnete al-Shabaab-Kämpfer nach eigenen Angaben die Kontrolle über die Stadt Balcad (etwa 20 km nördlich von Mogadischu in der Region Middle Shabelle). Wenig später sollen sich die al-Shabaab-Kämpfer wieder zurückgezogen haben. Die Extremisten hatten Balcad 2012 an die somalische Armee und AMISOM-Truppen verloren. Seit Ende 2017 verübten sie mehrere Anschläge auf Sicherheitskräfte in der Stadt.

Tote bei Selbstmordanschlag

Einem Selbstmordanschlag der al-Shabaab fielen am 01.03.18 an einem Checkpoint nahe Mogadischu mindestens neun Menschen zum Opfer, darunter fünf Sicherheitskräfte und drei Zivilisten. Zudem sollen mindestens zehn Personen verletzt worden sein. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab. Nach Angaben der Extremisten starben 15 Angehörige der Sicherheitskräfte. Kurz nach diesem Anschlag feuerten al-Shabaab-Kämpfer Mörsergranaten auf verschiedene Bezirke Mogadischus. Dabei kamen nach AMISOM-Angaben drei Zivilisten ums Leben, zwei wurden verletzt.

IS übernimmt Verantwortung für Mord

Die dem IS zugehörige Nachrichtenagentur Amaq News Agency veröffentlichte am 26.02.18 ein Video, auf dem die Ermordung eines somalischen Gefängnismitarbeiters in Afgoye (Region Lower Shabelle) zu sehen ist. Der IS hat seit Januar 2017 die Verantwortung für mehrere Anschläge und Angriffe in Afgoye übernommen. Dies steht im Widerspruch zu offiziellen Angaben, wonach der IS in der Region nicht aktiv sei.

Syrien

Truppen rücken weiter vor

Vergangene Woche setzten die syrische Armee und verbündete Einheiten – ungeachtet internationaler Forderungen nach einer Waffenruhe und einer von Russland erklärten täglichen Feuerpause von fünf Stunden – ihren Vormarsch auf das Rebellengebiet Ost-Ghuta fort. Die Regierungstruppen und die russischen Alliierten richteten einen Korridor ein, durch den Zivilisten das Gebiet verlassen können. Wohl aus Angst vor Beschuss nutzen dies bislang nur wenige.

Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden seit Mitte Februar fast 600 Menschen bei Kämpfen in der Region Ost-Ghuta getötet und mehr als 2.000 verletzt.

In der nordsyrischen Region Afrin rückte nach Medienberichten die türkische Armee in der vergangenen Woche weiter vor.

Türkei

Haftstrafe für HDP-Abgeordnete

Am 01.03.18 wurde eine Abgeordnete der pro-kurdischen Oppositionspartei HDP, Dilek Öcalan (Nichte des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalans), wegen Terrorpropaganda zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ihr werden laut Medienberichten vorgeworfen, an einer Beerdigung für ein PKK-Mitglied, das bei Kämpfen mit türkischen Sicherheitskräften getötet worden war, teilgenommen und für die PKK geworben zu haben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, Frau Öcalan derzeit auf freiem Fuß.

Die Regierung geht seit dem Putschversuch von 2016 verstärkt gegen die HDP vor, die sie als politischen Arm der PKK betrachtet. Insgesamt befinden sich neun HDP-Abgeordnete wegen Terrorvorwürfen in Untersuchungshaft, darunter der ehemalige Parteichef Selahattin Demirtas.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de